

Mainz, 22.09.2015

**Antrag 1702/2015 zur Sitzung Stadtrat am 30.09.2015**

**gem. Antrag: Innerstädtischen Einzelhandel stärken - Lokale Entwicklungs- und Aufwertungsprojekte etablieren (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)**

Die Herausforderungen für den Einzelhandel in den Innenstädten sind groß, der online-Handel ist eine starke Konkurrenz und Randlagen laufen Gefahr, abzufallen. Bereits seit vielen Jahrzehnten engagieren sich Einzelhändler/innen und andere Geschäftsleute, um ihre Standorte attraktiver zu machen. Sie haben sich bereits in bestimmten Bereichen zusammengeschlossen, um im gemeinsamen wirtschaftlichen Interesse zu handeln. Beispielhaft dafür ist das Quartier „Gaustraße“ zu nennen. Der Mainzer Stadtrat hat schon vor Jahren die Möglichkeit der Einrichtung sogenannter Business Improvement Districts (BIDs) gefordert.

Im November 2008 wurde einstimmig beschlossen, die Einführung eines Business Improvement Districts für die Große Langgasse zu prüfen, als Teil einer Neuplanung des Areals. Im Februar 2010 wurde beschlossen, dieses Instrument als ein Mittel zur Aufwertung der Gaustraße zu nutzen. Schließlich wurde im Februar 2014 der Auftrag an die Verwaltung gegeben, explizit für die Schaffung der rechtlichen Rahmenbedingungen einzutreten und eine schnelle Umsetzung zu unterstützen.

Am 18. August 2015 hat nun das vom rheinland-pfälzischen Landtag beschlossene neue Landesgesetz über lokale Entwicklungs- und Aufwertungsprojekte (LEAPG) Rechtskraft bekommen. Damit sind nun die gesetzlichen Voraussetzungen für die Einrichtung quartierbezogener, in privater Trägerschaft organisierter Entwicklungs- und Aufwertungsprojekte für Geschäftslagen geschaffen.

Das LEAPG sieht vor, dass Kommunen die Möglichkeit erhalten, auf Antrag einer privaten Initiative eine kommunale Satzung zu erlassen. Sicherzustellen sind hier verbindliche demokratische Verfahren und die Möglichkeit, Grundstücke, die nicht wirtschaftlich genutzt werden können, auszunehmen.

Durch das Konzept der lokalen Entwicklungs- und Aufwertungsprojekte (LEAPs) soll die Wettbewerbsfähigkeit des innerstädtischen Handels gestärkt werden, ohne dass hierbei kommunale Aufgaben der Daseinsfürsorge ersetzt werden.

Die Verwaltung hat bereits am 22. September eine Informationsveranstaltung über die Möglichkeiten, die das neue Landesgesetz bietet, für Hauseigentümer/innen, Einzelhändler/innen und interessierte Bürger/innen durchgeführt.

**Der Stadtrat möge beschließen:**

1. Die Verwaltung wird gebeten, die o.g. Veranstaltung als ersten Schritt zu betrachten, um im Weiteren die Mainzer Gewerbetreibenden, die eigeninitiativ tätig werden, dabei zu unterstützen, mögliche geeignete Areale im Bereich der Innenstadt und den Ortskernen zu identifizieren.
2. Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, ob eine Mustersatzung entwickelt werden kann, bzw. sich mit den zuständigen Stellen des Landes in Verbindung zu setzen, um eine solche Mustersatzung zu erhalten.
3. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, in welchem Bereich der Stadt anstehende Förderprojekte geeignet sind durch LEAPs flankiert zu werden.
4. Die Verwaltung bemüht sich gemeinsam mit anderen Kommunen und dem Land Rheinland-Pfalz um eine Vernetzung der LEAP-Initiativen, um langfristige Erfolge zu sichern.

Dr. Eckart Lensch (SPD-Stadtratsfraktion)

Sylvia Köbler-Gross (Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Walter Koppius (FDP-Stadtratsfraktion)